

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 8/39. Jahrgang

August 2008

Schutzgebühr: 0.30 E

Mittwochsaktion der Montagsdemonstranten gegen Hartz IV

Am 16. Juli trafen sich acht Gießener Montagsdemonstranten mit ihrem Transparent vor dem Gießener Arbeitsamt bzw. der GIAG, um mit ihren Flugblättern gegen Hartz IV zu protestieren, ihre Montags-Aktionen vorzustellen und den Arbeitslosen ihre Hilfe anzubieten. - Die 200 Flugblätter, die von den Besuchern der GIAG meist gerne und zustimmend genommen wurden, waren in gut einer Stunde verteilt – nächstens müssen wir mehr mitbringen.

Merkel verarscht Hartz-IV-Empfänger

Außerdem verwies ein Spruchband auf die erneute Frechheit von Angela Merkel, die fälschlicherweise behauptet hatte, Hartz-IV-Empfänger bekämen „alle Heizkosten und Stromrech-

nungen voll ersetzt“ (Bild am Sonntag 13.7.08); tatsächlich müssen die



Stromkosten von den lumpigen 351 Euro monatlich selbst bezahlt werden. Auch die Heizkosten werden nur bis zu einer "angemessenen" Obergrenze bezahlt und Nachforderungen

der Nebenkostenabrechnung überhaupt nicht. - Ob dies Dummheit ist (wie Merksels Verwirrung über brutto und netto), oder Unkenntnis oder "Unschärfe" (so ein Regierungssprecher) war, ist egal; es zeugt von bodenloser Ignoranz gegenüber den in die Armut getriebenen Menschen.

Erwerbsloseninitiativen rufen dazu auf, in Bezug auf Kanzlerin Merksels Behauptung, einen Antrag auf Erstattung der Stromkosten zu stellen.

E.B.

Inhalt:

U.Eco zu Faschismus/Kommunismus Lob S.2
Für neutrale Kitas/Anti-Nazi-Demo S.3
Arbeitsamtstelefon/Teuerungswelle S.4
Igel & Hase/Bienensterben S.5
Buchbesprechungen: N.Klein + F.Kautz S.6
Leserbriefe/Anzeige/Hacks/Hammerzahl S.7
Nie wieder Krieg ohne uns/Antikriegstag S.8

Weg mit dem Schießbefehl

Kanzler Schröder (SPD) gab die Richtung vor: Agenda 2010 als Grundlage für deutsches Weltmachtstreben und Kriegsführung wie in Afghanistan. Damit einher

ging und geht rasanter Sozialabbau (Hartz-IV), um Aufrüstung und Krieg zu finanzieren und Profite zu steigern.

Weg mit der Mauer um Europa

Die zusammengeschlossenen Mittelmeerstaaten haben dabei die Aufgabe, die Außengrenzen der EU dicht zu machen wie eine Mauer. So sollen die entsprechenden afrikanischen Staaten Ausreisewillige schon an der Grenze zumindest zurückhalten. Die europäischen Staaten erledigen den Rest.

Weg mit Spitzeldiensten

Verfassungsschutz, MAD, zentrale Melderegister, ELENA, elektronische Gesundheitskarte, biometrische Daten im Ausweis, Online-Durchsu-

chung, Telefonüberwachung, Lauschangriff, Vorratsdatenspeicherung... - Demnach leben in Deutschland fast ausschließlich potentielle Verbrecher. Jeder und jede wird überwacht, der Aufenthaltsort kann jederzeit festgestellt werden. 40 Millionen Beschäftigte sind elektronisch überwacht. (s. UZ – Zeitung der DKP, 11. 7. '08). Schlecker, Lidl, Telekom sind "kleine Betriebsunfälle".

Demokratie?

Ein Gedanke: Konzerne wie Siemens, Deutsche Bank, Telekom usw. nennen sich immerhin nicht demokratisch. Die Parteien, die deren Profite sichern und den Überwachungsstaat vertreten, nennen sich demokratisch. Michael Beltz



Für Frieden und Sozialismus! DKP

Umbertos Eco: Der Faschismus von heute ist raffiniert verpackt

"Der Zustand der Demokratie in Italien ist seit der Wahl der faschistischen Regierung Berlusconi im April stark gefährdet. Wir können hinschauen wo wir wollen, in allen westlichen Ländern, ob in Amerika oder Europa, gewinnen die Faschisten immer mehr Macht (und die Linken helfen ihnen dabei) und verwandeln die Länder in Überwachungs- und Polizeistaaten.

Der Faschismus von heute hat äußerlich nichts mit dem aus der Vergangenheit zu tun. Keine Uniformen, Stechschritt und erhobener Gruß. Nein, er ist modern, raffiniert verpackt und wird mit PR verkauft ... aber der Geist der dahinter steckt, die totale Kontrolle und Ausbeutung, die Zensur, die Mediengleichschal-

tung, die Lügen, der selbstgemachte Terror, der Sicherheitswahn, die Unterdrückung von Andersdenkenden, die Militarisierung der Gesellschaft und die Angriffskriege ... die Resultate sind die selben.

Die meisten Menschen sehen das nicht und sind durch die Propaganda völlig geblendet.

Deshalb müssen wir alle dagegen etwas unternehmen, agieren, informieren und protestieren, und deshalb auch diese Protestaktion in Italien..."

Umberto Eco, einer der berühmtesten Autoren Italiens (Der Name der Rose), anlässlich einer Protestaktion gegen Berlusconi. Der Beitrag wurde am 2.7. in der größten Zeitung Italiens „La Repubblica“ veröffentlicht.



Mit den Referaten des China-Kongresses der Marx-Engelsstiftung vom April dieses Jahres in Marburg. Beiträge von H. Peters, M. Szameitat, B. Li, Ch. Enfu, Th. Bergmann, R. Berthold, X. Jian, I. Sautmann, M. Lauer- mann. Beim Echo erhältlich.

Diese Zeitung zu machen kostet Geld. Wir bitten daher um **Spenden**, auch damit wir das Echo weiterhin in hoher Auflage verteilen können.

Gießener Echo

**Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025**

Sparkasse Gießen

Es dankt sehr herzlich:
die Echo-Redaktion

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche
Antikriegszeitung**

Probexemplare bzw.
10 Wochen Gratis-Abo
(endet automatisch):
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbot-online.de
www.unsere-zeit.de

Das Einfache, das schwer zu machen ist

Zum „Lob des Kommunismus“ kamen sie aus Marburg und Bad Vilbel zu einer Veranstaltung der DKP Gießen angereist. Pit Metz (auf dem Foto rechts), kurzfristiger Spitzenkandidat der PDL zu den hessischen Landtagswahlen in Hessen und Peter Ringel, ebenfalls Stadtverordneter wie Pit.

Texte von Marx, Degenhardt, O.-M. Graf, Weinert, Fried, Jandl und anderen waren so ausgewählt, dass die Sache, die so einfach ist, als notwendige Aufgabe erschien. Mit diesem anspruchsvollen Programm erhielten sie zustimmenden Beifall.

Pit Metz, der sich als Kommunist bezeichnet und als solcher überzeugend auftritt, sprach sich vor knapp



einem Jahr gegen den Schießbefehl in Afghanistan aus. Diese Haltung u.a. war Anlass, dass er von der Landesliste der Linkspartei zurücktreten musste und von der Gießener DKP eingeladen wurde.

Peter Ringel, der Mann mit dem Leierkasten, lockerte das Programm mit originellen Liedern auf und spielte zum Schluss die Internationale („was in meiner Partei nicht gerne gehört wird“). Zu Beginn der Veranstaltung wurde einem im Juni aufgenommenen Genossen das Mitgliedsbuch überreicht. Dass nun im Juli der dritte Antrag auf Aufnahme in die DKP in diesem Jahr vorlag, sei hiermit dem Verfassungsschutz und allen Kriegstreibern mitgeteilt.

Michael Beltz

Wir brauchen weltanschaulich neutrale Kitas!

In der Schottstrasse soll in einem Wohngebäude der Wohnbau eine weitere Kindertagesstätte für die Nordstadt eingerichtet werden. In einem Stadtteil mit bekannt hohem Migrantenanteil und eher wenigen Mitglieder christlicher Kirchen, wird diese Kindertagesstätte in Trägerschaft des Caritas gestellt. Dies hat Bedeutung bei der ethisch pädagogischen Ausrichtung und bei der Personalauswahl.

Wir Kommunisten fordern eine Früherziehung in den Kindertagesstätten Gießens, die nicht von religiösem Fundament aus geschieht, sondern weltanschaulich neutral ist. Keine weitere Übertragung von Einrichtungen sozialpädagogischer Art an christliche Träger. Beispiele für Missionierung in

öffentlichen Einrichtungen gibt es leider viel zu viele: Jugendzentrum Wieseck (Diakonie), Jugendzentrum Holzwurm (CVJM) und zahlreiche Kindertagesstätten in Gießen.

Interessant wäre bei dieser Vergabe in Falle der KITA Schottstrasse mal die Frage: Wie hoch ist der Anteil der katholischen Bevölkerung im Einzugsgebiet der kommenden Kindertagesstätte? (Vor einigen Jahren waren dort 22% katholisch; dieser Anteil dürfte eher noch zurückgegangen sein.) Wie viele nichtchristliche Mitarbeiterinnen wird diese Kindertagesstätte beschäftigen? Wie viele Kinder, die Mitglied der katholischen Kirche, also getaufte Katholiken sind, werden diese katholische Kindertagesstätte besuchen? K.S.



Demo am 23. Juli in Gießen - gegen brutalen Nazi-Überfall...



...auf ein linkes Jugendcamp (solid) durch Nazis, bei dem eine 13jährige Teilnehmerin beinahe totgeschlagen wurde. „Solidarität mit den Opfern des

brutalen Naziübergriffes“, hieß es sauf dem Flugblatt der Antifa-R4. Ca. 180 Teilnehmer trafen sich spontan einen Tag nach dem Überfall, um

ihre Solidarität mit den Opfern von Nazi-Gewalt nicht nur in Nordhessen zu bekunden. Der Vertreter von antifa-R4 sprach sich gegen eine Verharmlosung der rechten Gewalttaten in ganz Deutschland aus. Das Verschweigen von Überfällen auf Linke, auf Ausländer und Minderheiten stärke die Nazis, um weitere brutale Überfälle zu begehen. Michael Beltz rief zu Solidarität über Meinungsunterschiede hinweg auf und zitierte Max Horkheimer. Wer über Faschismus reden will, darf über Kapitalismus nicht schweigen.

(Warum die Gießener Allgemeine von knapp hundert Teilnehmern schreibt, bleibt ihr Geheimnis)



Karikatur aus Gießener Echo Nr. 10/1971. Bis heute werden Verbrechen der Neonazis verharmlost, "von Einzeltätern begangen" oder haben "keinen politischen Hintergrund".

Muß erst ein Unglück passieren?



Vor ein paar Jahren wurde ein über die Fußgängerzone gespanntes Transparent vom Sturm heruntergerissen, zum Glück wurde niemand verletzt. Seither war es aus Sicherheitsgründen verboten, solche Schriften aufzuhängen. Gilt das nicht mehr? Das BID „Marktquartier“ hat sich gleich mehrfach quer über die Straßen breit gemacht, ohne jeden Informationswert und ohne Anlaß. Was ein Sturm anrichten kann, haben wir letztes Jahr erlebt. Die massenweise entwurzelten Bäume sind noch gut in Erinnerung.

...

Teuerungswelle – wo bleibt unser Geld?

Die Preise steigen immer schneller, vor allem Energie und Nahrungsmittel werden weltweit immer teurer. Über mangelnde Berichterstattung darüber in den Massenmedien braucht man sich nicht zu beklagen – eine Frage wird allerdings nie gestellt, geschweige denn beantwortet: Wo bleibt eigentlich das viele Geld, das uns zusätzlich aus der Tasche gezogen wird? Bei Öl und Gas ist das einigermaßen klar – es sind vor allem die Energiekonzerne, die sich bereichern. Die meisten Förderländer haben nur wenig davon, außer wenn sie wie Venezuela die Förderung verstaatlicht haben. Viele Länder haben mit den Konzernen so schlechte Verträge, daß

sie für ihre Bodenschätze nur ein Taschengeld bekommen, das korrupte Politiker unter sich aufteilen. Der größte Teil der Preissteigerungen erhöht den Profit, der an die Aktionäre geht. Nur wenig wird in die Sicherung der Energieversorgung in der Zukunft investiert.

Aber wie sieht es bei Nahrungsmitteln aus? Die Kleinbauern, denen am ehesten höhere Einnahmen zu gönnen wären, haben am wenigsten davon. Internationale Konzerne und Spekulanten stecken den größten Teil ein. Bei Berichten über Warenterminbörsen, an denen auch Agrarrohstoffe – also Lebensmittel – gehandelt werden, kann man oft eine merkwürdige

Zahl hören: Die dortigen Umsätze sind im Schnitt 30mal so hoch wie der Wert der gehandelten Waren. Das kann nur bedeuten, das jede Ware etwa 30mal den Besitzer wechselt! Auf dem Weg vom Erzeuger zum Verarbeiter oder Großhändler wird 30mal an jedem Sack Weizen oder Reis verdient. Dieser Spuk könnte leicht beendet werden, wenn für jede Transaktion an solchen Börsen eine geringe Steuer fällig würde.

Steigende Preise für Energie und Nahrungsmittel sind kein Naturgesetz. Es ist die herrschende Wirtschaftsordnung, der Kapitalismus, der unser Geld in die Kassen der Reichen umverteilt.
Gernot Linhart

Nicht allein zur GIAG!

Immer wieder erfahren wir von schikanöser Behandlung bei der GIAG, unzumutbaren Auflagen, unzulässigen Fragen u. a. m. - Wir raten deshalb grundsätzlich: Geht nicht alleine zur GIAG, nehmt einen Zeugen, einen „Beistand“ mit. Nach § 13/4 im Sozialgesetzbuch X heißt es ausdrücklich: „Ein Beteiligter kann zu Verhandlungen und Besprechungen mit einem Beistand erscheinen.“

Außerdem sollte alles **schriftlich** beantragt werden, damit auch **schriftlich** Widerspruch eingelegt werden kann. Näheres ist bei den Montagsdemos zu erfahren

Mafia-Methoden

Ekkehard Schulz, Konzernchef von Thyssen Krupp im Spiegel-Interview zu stark steigenden Stahlpreisen: „Selbstverständlich halten wir uns an Verträge. Wir sagen den Kunden: Ihr habt zwei Möglichkeiten. Entweder ihr wollt den Vertrag so abwickeln. Das machen wir. Aber ihr müsst euch dann darauf einstellen, dass die Preise für das Jahr 2009 deutlich stärker steigen. Und wir können nicht garantieren, dass ihr in 2009 die gewünschten Mengen bekommt. Oder ihr macht das Paket auf, und wir verhandeln eine neue Vertragszeit...“ Spiegel: „...Das klingt wie eine Erpressungsszene aus einem Mafia-Film.“ (Spiegel 29/2008)



Telefonitis am Arbeitsamt

Ein Mitarbeiter des Arbeitsamtes teilte mir die Telefonnummer einer seiner Mitarbeiterinnen mit. Ich rief an und erhielt den Hinweis, ich möchte mich an die Telefonauskunft wenden, da diese Nummer nicht zu erreichen sei. Die Auskunft konnte mir nicht weiterhelfen und nannte mir die Service-Nummer des Gießener Arbeitsamtes. Dort versuchte eine nette, freundliche Mitarbeiterin die Nummer zu

erreichen und stellte ebenfalls fest, daß dies nicht möglich war. Auch die von ihr ausgesuchte Nummer des Vorgesetzten war nicht zu erreichen. Ich bat dann um die Durchwahlnummer des Vorgesetzten, die mir aber nicht mitgeteilt werden durfte. Sie könne ihm jedoch eine e-mail schreiben, und ihn – unter Angabe meiner Nummer – um einen Rückruf bitten. Dieses Angebot nahm ich an.



So hat dann ein Kunde des Arbeitsamtes Gießen eine Callcenter-Mitarbeiterin in Offenbach (dort ist nämlich ihr Service-Center angesiedelt) um eine e-mail an einen Arbeitsamtsmitarbeiter in Gießen gebeten mit der Bitte, er möge den Kunden der Arbeitsagentur Gießen in Gießen bitte mal anrufen...

Ich kann jetzt wählen zwischen „Das glaub ich doch net!“ oder „Das hat doch System!“.
K.S.

Neues vom Igel und dem Hasen

Schon seit Einführung der Deutschen Mark im Jahre 1948 begannen die Preise zu steigen, zunächst moderat, dann in den Siebzigern rasant, nahezu 8% im Jahre 1974. Ab diesem Jahr stieg zugleich die Arbeitslosigkeit. Seit damals nennt man die gleichzeitige Inflation und Konjunkturschwäche Stagflation. Die Gewerkschaft ÖTV (Verdi-Vorgängerin) erkämpfte damals als Reaktion auf die Inflation eine Lohnerhöhung von 11%. In völliger Verdrehung der Tatsachen sprachen Politiker und Konzernvertreter von einer „Lohn-Preis-Spirale“, als ob es die Löhne und nicht die Profitgier der Unternehmer wäre, welche die Preise hochschnellen lässt. Die Einführung des Euro wurde oft schamlos ausgenutzt, aber ansonsten blieb die offizielle Inflationsrate bei 2%. Die herrschende Wissenschaft einigte sich dahin, dass 2% Preissteigerung Preisstabilität seien. (Nebenbei, 2% Lohnsteigerung bezeugen für die gleichen Wissenschaftler allerdings schon maßloses Anspruchsdenken.) So war die Inflation weggezaubert. Aber im Februar 2008 war es auch für die Frankfurter Allgemeine nicht mehr zu übersehen: „Die Inflation ist wieder

da... Alte Ängste kommen zurück. Das Gespenst der Inflation geht wieder um.“ Und diesmal weltweit und auf Dauer. Und siehe da, seitdem geistert auch die „Lohn-Preis-Spirale“ wieder durch Politikerreden und Blätterwald. Dabei ist heute offensichtlich, dass es sich um eine Profit-Preis-Spirale



handelt. Der Monopolkapitalismus hangelt sich auf seine alten Tage von Blase zu Blase. Erst New Economy, dann Immobilienspekulation und nun sucht das vagabundierende Kapital profitable Anlagemöglichkeiten im En-



ergiesektor und treibt dort die Preise in schwindelnde Höhen. In dieser Lage drehen die Gießener Stadtwerke an der Schraube der Müllgebühren und wollen ab 1. Oktober den Gaspreis „deutlich“ erhöhen. Die Menschen sparen gezwungenermaßen Energie und Lebensmittel, wo sie nur können. Doch es ist wie mit dem Igel und dem Hasen: Die Preise steigen schneller. Da der Wirtschaftsboom der letzten Jahre zu Ende geht, droht zusätzlich wachsende Arbeitslosigkeit. Wir wissen, seit Mitte der Siebziger nennt man dieses Zusammentreffen von Pest und Cholera Stagflation.

Klaus Mewes

Bienensterben behördlich genehmigt

Im Frühjahr war es am Oberrhein zu einem massenhaften Bienensterben gekommen. Schuld daran war das Bayer-Insektizid Clothianidin, mit dem die Mais-Saat präpariert worden war.

Das Mittel wurde vom Markt genommen – nachdem die Aussaat beendet war. Jetzt wurde es wieder zugelassen, allerdings nur für Raps. Praktisch – dessen Herbstaussaat steht gerade bevor. Rechtzeitig zur Maisaussaat im nächsten Jahr wird es wohl auch dafür vorübergehend wieder zugelassen. Für Bienen unschädliche Alternativen gibt es genug, aber die Produktion muß ja verkauft werden. „Alle reden von der Natur – wir ruinieren sie“ könnten sich die zuständigen Behörden auf die Fahne schreiben. Gernot Linhart



Buchbesprechungen

Katastrophenkapitalismus

In unseren Medien gibt es nur einen 11. September, den des Jahres 2001, als in New York die Türme des World Trade Centers in Flammen aufgingen. Vergessen ist der 11. September 1973, als in Santiago de Chile der Regierungspalast, die Moneda, in Brand geschossen wurde, als Militärputschisten mit CIA-Unterstützung den rechtmäßigen Präsidenten Salvador Allende ermordeten. Errichtet wurde die Schreckensherrschaft der Generale unter Augusto Pinochet, während der Tausende inhaftiert, gefoltert, ermordet oder ins Exil getrieben wurden. Auch in Gießen fanden mehrere chilenische Familien auf Jahre hin Asyl und bereicherten die hiesige politische und kulturelle Landschaft. Pinochet verschrieb seinem Land eine ökonomische Rosskur nach den Lehren des Wirtschaftspersons Milton Friedman und seiner sogenannten Chicago Boys. Es war das Laborexperiment der später vielen Ländern von den USA diktierten Schockbehand-

lung: Der öffentliche Wirtschaftssektor wurde privatisiert, die Unternehmen von der Regulierung durch Steuern und Umweltauflagen befreit und die Sozialaufgaben gegen Null gefahren. Gleichzeitig wurde die Demokratie abgebaut und ein aggressiver Überwachungsstaat errichtet. Das „chilenische Wirtschaftswunder“ drückte bis 1988 45% der Bevölkerung unter die Armutsgrenze, während die Einkommen der reichsten 10 Prozent Chilenen um 83% stiegen. Chile wurde zum wirtschaftlich-politischen Muster neoliberaler Gewaltkuren in weiteren Ländern Lateinamerikas, in Russland, im Irak und im England der Lady Thatcher. Das ist die durchgängige These des Buches der wissenschaftlichen Schriftstellerin Naomi Klein: Eine Krise, etwa Krieg oder Bürgerkrieg (Chile, Irak, Englands Falklandkrieg) oder eine Naturkatastrophe (Katrina in den USA, Tsunami in Sri Lanka) wird von den global agierenden Mächten inszeniert oder ausgenutzt, um

politischen Wandel in ihrem Interesse herbeizuführen. Die Einführung zügelloser Marktfreiheit sichert den Monopolen höchste Profite. Besonders informativ ist die Beschreibung der Erschließung mächtig sprudelnder Profitquellen durch Privatisierung bisher staatlicher Dienstleistungen: US-Heimatschutz, Sicherheitsdienste, sogar Aufgaben der Kriegsführung und natürlich des Wiederaufbaus danach. Man kann an dem Buch einiges kritisieren. Etwa wendet Klein ihre Katastrophentheorie unterschiedslos auf Länder wie Chile, USA und Südafrika oder China an. Ihr Vergleich mit brutalen Therapien in der US-Psychiatrie unter Einsatz von Elektroschocks, Drogen und Isolation ist nicht abwegig, wird aber m. E. überstrapaziert. Durch die vielen Einzelheiten ist das Buch auch sehr umfangreich geworden. Das Verdienst der Autorin ist es erhellt zu haben, wie der globale Monopolkapitalismus von heute seine Herrschaft durch Katastrophen und Kriege, die gar nicht auf Beendigung angelegt sind, festigt und fortsetzt.

Klaus Mewes
Naomi Klein: Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2007. 763 S. 22,90 Euro.

„Weh der Lüge! Sie befreiet nicht...“

Die Stadt Darmstadt hat 2006 ein „Stadtlexikon“ herausgegeben, einen 2,4 kg schweren und 1000 Seiten dicken Wälzer. Angeblich soll er alles enthalten, was man über diese Stadt wissen sollte. Der dort wohnhafte Historiker Fred Kautz hat sich in diesem Lexikon das Kapitel über die Stadt in der Nazizeit vorgenommen und festgestellt, daß diese Zeit, wie es hierzulande leider üblich ist, stark geschönt dargestellt wird. Seine Kritik hat er in dem Buch „Weh der Lüge! Sie befreiet nicht...“ zusammengefaßt. Herausgekommen ist ein lesenswertes Buch mit vielen Beispielen für all das, was in diesem Buch verschwiegen oder beschönigt wird: KZ-Mörder Hans Stark, KZ-Kommandeur Karl Otto Koch, Gestapo-Chef Robert Mohr werden nicht einmal erwähnt, Förderung der Nazis und Huldigungen an Hitler durch die Industriellen-Familie Merck kommen nicht vor, der Mundart-Dichter Robert Schneider hat nie Lobeshymnen auf Hitler und die neue Zeit geschrieben, der nationalistische Literat Arnold Krieger, der im Verlag der NSDAP publiziert hat, wird zum Widersändler verklärt. Auch bei der Behand-

lung des Widerstandes gegen die Nazis herrscht pure Ideologie. Kommunistische Widerstandskämpfer wie Elisabeth Schuhmacher und Arvid Harnack fehlen, dagegen wird der erste Nachkriegs-Oberbürgermeister Ludwig Metzger in die Nähe des Widerstandes gerückt, obwohl er eine gehobener Position bei der „Deutschen Umsiedlungs- und Treuhandgesellschaft“ hatte, die in den besetzten Ostgebieten den Raub von Grundstücken und Immobilien verwaltete. Das Buch ist aber viel mehr als nur eine Zusammenfassung all dessen, was im Stadtlexikon falsch ist oder fehlt. Es enthält zahlreiche Exkurse zu verschiedenen Personen, Schauplätzen, Geschehnissen und Veröffentlichungen die im Zusammenhang mit dem Text stehen. Als Beispiel sei das ebenfalls in Darmstadt erschienene Buch „Feuersturm und Widerstand“ genannt. In diesem Buch wird der Bombenangriff auf Darmstadt am 11.9.1944 und der Darmstädter Widerstand gegen die Nazis in merkwürdiger Weise gemeinsam abgehandelt. Die Widerstandskämpfer müssen dafür herhalten, die Bombardierung Darmstadts als

eine besonders verwerfliche Tat der Alliierten erscheinen zu lassen. Daß Darmstadt nicht nur von Widerstandskämpfern und friedlichen „Heinern“ (so nennen sich die in Darmstadt geborenen selbst) bewohnt wird, sondern auch kriegswichtige Betriebe wie die Firma Röhm (Produzent von Plexiglaskuppeln für Kampfflugzeuge) beherbergte, wird darin verschwiegen.

Darmstadt ist überall – deswegen ist dieses Buch nicht nur für dortige Leser interessant. Überall gibt es Beispiele für Verschweigen und Beschönigen. Das Buch kann anregen, in der eigenen Umgebung auf ähnliches zu achten. Leider enthält es einige Sätze, die für Kommunisten ärgerlich sind, zum Beispiel über angeblichen Antisemitismus in der DDR und Begriffe wie „nationalsozialistische und kommunistische Diktaturen“ (obwohl der Autor die Totalitarismus-Doktrin eindeutig ablehnt). Vom Lesen sollte das aber nicht abhalten.

Gernot Linhart

Fred Kautz, "Weh der Lüge! Sie befreiet nicht...", Verlag Edition AV, Lich/Hessen; 2008, 210 Seiten, 16 Euro

Leserbriefe

Betreff: Obama in Berlin

Nach Afghanistan, Kuwait, Irak, Jordanien, Israel und Palästina war er also nun in der BRD-Hauptstadt Berlin. Nicht nur in dieser Frage erweist sich der US-Senator Barack Obama aus Illinois als Pionier des von ihm repräsentierten US-Imperialismus. Erstmals wird derart unverhohlen der ganze Globus zur Bühne eines nationalen US-Wahlkampfes gemacht. Und die hiesigen Medien geraten völlig aus

dem Häuschen und stilisieren ihn unisono, mangels charismatischer Persönlichkeiten im eigenen Politzirkus, geradezu zum Heilsbringer. Da wird gern auch schon mal die „falsche Hautfarbe“ übersehen.

Man stelle sich einmal vor, was geschehen wäre, wenn z.B. der heutige Präsident Boliviens, der Indigena Evo Morales, vor seiner erfolgreichen Wahl im Januar 2006 versucht hätte, einen Wahlkampfauftakt in der BRD zu absolvieren. Vermutlich wäre er aus der Ankunftshalle im Flughafen Frankfurt/M. gezerrt, in



Der neue bundeseinheitliche Einbürgerungstest

den dort eigens für „unerwünschte Ausländer“ eingerichteten Selektionsräumen interniert und baldigst wieder abgeschoben worden – wie es zahlreichen Menschen aus der Dritten Welt täglich angetan wird. **Erinnert werden muss auch daran, was mit politisch interessierten Flücht-**

lingen passiert, wenn sie an einer Kundgebung teilnehmen wollen, die außerhalb des Landkreises ihrer Unterbringung stattfindet. Wegen Verletzung der sog. „Residenzpflicht“ haben sie sofort ein Strafverfahren am Hals und die schnellstmögliche Abschiebung ist ihnen damit fast sicher. - Aber Morales, Flüchtlinge aus dem Trikont und all die anderen Habenichtse und Schmutzkinder dieser Welt stehen einfach am falschen Ende des Systems...

Heinz-W. Hammer

Öl ist künstlich knapp gehalten

Unabhängig davon, dass ich die unabdingbare Notwendigkeit sehe, regenerative Energiequellen sowie den öffentlichen Nah- und Fernverkehr weiterzuentwickeln, ist nachzuweisen, dass die jetzige „Ölkrise“ durch Spekulanten erzeugt wird. Mir liegt ein Bericht der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe vor, der besagt, dass die Ölvorräte noch für 260 Jahre reichen. Das Öl wird also künstlich knapp gehalten und so durch die Ölmultis verteuert. Sie scheffeln also Extraprofite. Sie gehören enteignet.

Falk Moldenhauer

Berichtigung: Armut und Reichtum

In dem Artikel „Armut und Reichtum“ im vorigen Echo ist uns leider ein Schreibfehler unterlaufen, der einen Teil des Textes schwer verständlich macht. In der Mitte der zweiten Spalte muß es richtig heißen: Noch ungleichmäßiger als das Einkommen ist das Vermögen verteilt. Ein mittleres **Vermögen** wird nie angegeben. 50% der Menschen teilen sich 10% des **Vermögens** – kein Wunder, wer ein geringes Einkommen hat, hat entweder Schulden oder höchstens einen Notgroschen.

Wer kann die Pyramiden überstrahlen?
Den Kreml, Sanssouci, Versailles, den Tower?
Von allen Schlösser, Burgen; Cathedralen
Der Erdenwunder schönsten war die Mauer.
Mit ihren schmucken Türmchen, festen Toren.
Ich glaub, ich hab mein Herz an sie verloren.

Peter Hacks

Büroräume gesucht

Suche Zweiraumbüro in Gießen (55qm/Du/WC/kl.Küche); 400 E Warmmiete; verkehrsgünstig (Busanb.); behindertenger. Zugang erw.; Kontakt: 0176/29326478. E-mail: feuster@linke-giessen.de/

Kuba-Solidarität

Das Abschlußergebnis der Solidaritäts-Veranstaltungen für Kuba in Hessen ergab 681 Euro. die für die Kinder-Reha-Klinik in Matanzas verwendet werden.

Nur knapp jeder 2te Berufstätige hat ein unbefristetes Arbeitsverhältnis

Zu diesem erschreckenden Ergebnis (genauer 47%) kam eine DGB-Studie. Zur Qualität der Arbeitsplätze: 13 % nennen ihren Arbeitsplatz als „umfassend positiv“; 55 % ist Mittelfeld und 32 % fällt in die Rubrik „mangelhaft“.

81 Prozent der Bevölkerung merken nichts vom wirtschaftlichen Aufschwung

Ende 2007 sprach die „vereinte Front der Gesundheitsbeter“ noch von einem konjunkturellen Aufschwung in der BRD (und versuchte dies mit Zahlen zu belegen). Heute ist davon Nichts mehr zu hören. Erfreulich war aber dabei, dass die Masse der Bevölkerung den Schönwetter – Rednern schon damals nicht geglaubt hat. Übrigens bei einem monatlichen Haushaltseinkommen von unter 1500 E netto glaubten damals nur 7% an einen Aufschwung. (Zusammenstellung: M. Wagner)

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwort.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Konto Nr. 193070, Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Bezugsgebühren: 15 e im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 E.

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>
<http://www.dkp-hessen.de>

Redaktionsschluß September-Echo: Donnerstag, 21.8.

Nie wieder Krieg - ohne uns!

Fast 7000 Bundeswehrsoldaten befinden sich derzeit im Kriegseinsatz im Ausland, die meisten davon, 3600, in Afghanistan. Im Herbst sollen weitere 1000 Soldaten und weitere Kampfflugzeuge folgen.

Nachdem Schröder und Fischer mit der Beteiligung am NATO-Krieg gegen Jugoslawien erstmals das Tabu „Nie wieder Krieg von deutschem Boden“ gebrochen haben, ist deutsche Kriegsführung „normal“. Mit dem Überfall auf Afghanistan im Herbst 2001 - der lange vor dem 11. September schon beschlossen war! - begann das Jahrzehnt der Kriege um Welt-herrschaft und Öl, von dem Henry Kissinger sagte: „Öl ist viel zu wichtig, um es den Saudis zu überlassen.“ 2004 folgte der Überfall auf den Irak. In beiden Ländern herrscht Krieg, unermeßliches Leid für die Zivilbevölkerung und wachsender Widerstand gegen die Besatzer. Die USA haben nie

Kamax, Heyco, Minox, Voko und im Einzelhandel.

Es gibt eine Alternative

Heute wo die Militarisation vorange-trieben wird, wo – mit deutscher Be-teiligung – Krieg massenhaft Tod und Verderben bringt, herrscht Schwei-gen, von vergleichsweise wenigen „Ewiggestrigen“ abgesehen, die im-



mer noch gegen Krieg und Ausbeu-tung auftreten. Die große Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Kriegseins-

ätze zwar auch ab, aber tut nichts da-gegen. Sie sind den Lügen über die „frie-densschaffenden Maßnahmen“ und vom „Kampf gegen Terror“ aufgeses-sen. Viele haben sich mit diesem Sys-tem arrangiert, zu

dem es scheinbar keine Alternative gibt, nachdem es den Herrschenden gelungen ist, den Sozialismus, die reale Möglichkeit gegen die Men-schenverachtung des Kapitals, zu dif-famieren. So werden Superprofite und Kriege einerseits und wachsende Er-werbslosigkeit und Armut als unabän-derlich hingenommen, ohne zu be-greifen, daß dies zwei Seiten der gleichen Medaille, des Kapitalismus, sind. - Die Richtigkeit der von Rosa Luxemburg aufgestellte These „So-zialismus oder Barbarei“ bestätigt sich heute deutlicher denn je. Erika Beltz

US-Kriege ohne Ende

In einer "RAND-Studie", die 2002 im Auftrag des Pentagon erstellt wurde, heißt es in einer Zusammenfassung der US-Strategie im Mittleren Osten: Der Angriff auf den Irak ist gewissermaßen das "taktische Ziel", Saudi-Arabien ist das "strategische Ziel" und Ägypten ist der "Große Preis".

gleichen Lügen über angebliche Mas-senvernichtungswaffen, angeblicher Aggressionspläne.

... wo sind sie geblieben?

Noch vor 25 Jahren waren Millionen Menschen für Frieden gegen die Sta-tionierung neuer Mittelstreckenrake-ten auf die Straße gegangen. Am 22.10.83 demonstrierten gleichzeitig in Bonn, Hamburg und Stuttgart ins-gesamt 1,3 Millionen Menschen. Be-triebe wurden bestreikt Am 5.11.83 um 11.55 h standen z.B. auch in Gießen die Stadtbusse still, Streik-aktionen gab es u.a. bei Schunk,

Zur Geschichte des Antikriegstages.

Im Potsdamer Abkommen wurde be-stimmt: "Völlige Abrüstung und Ent-militarisierung Deutschlands."

Dies fand auch Eingang in das Grund-gesetz (Artikel 139), das unter Mitar-beit der KPD verfaßt wurde.

Damit konnte sich das Großkapital nicht zufrieden geben; bereits 1950 schuf Adenauer mit dem „Amt Blank“ den Vorläufer des Verteidigungsmini-steriums und betrieb zielstrebig und verfassungswidrig die Wiederaufrü-stung der BRD. Gleichzeitig wurde rigoros gegen die Gegner der Remili-tarisierung vorgegangen: Verbot de-mokratischer Organisationen, Entlas-sung von KPD-Mitgliedern aus dem öffentlichen Dienst...

1951/52 votierten bei einer Volksbe-fragung, die von Adenauer verboten worden war, über 9 Millionen Men-schen gegen die Wiederbewaffnung.

11. Mai 1952: auf einer Friedensde-monstration in Essen wurde Philipp Müller, 21 Jahre alt, Mitglied der KPD, von der Polizei erschossen.

5. Mai 1955: mit den Pariser Verträ-gen wurde die Remilitarisierung sowie der Beitritt zu NATO beschlossen - mit den Stimmen der SPD, die zuvor dagegen aufgetreten war.

21.7.1956: Einführung der Allgemei-ne Wehrpflicht.

27.8.1956: Verbot der KPD.

1. 9. 1957: amläßlich des 18. Jahres-tages des faschistischen Überfalls auf Polen wurde erstmals der Anti-kriegstag begangen, zu dem der DGB unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ aufgerufen hatte.

Unsere Zukunft atomwaffenfrei

Die Gießener Friedensinitia-tive beteiligt sich an den Akti-vitäten am 30.August in Bü-chel. (Umrundung des Atom-waffenlagers, Besenaktionen mit dem Motto: Vor der eige-nen Tür kehren/ unsere Zu-kunft atomwaffenfrei. Infos: www.atomwaffenfrei.de)

Die Organisation einer ge-meinsamen Anreise von Gies-sen nach Büchel ist vorgese-hen.

Vormerken:

19. - 21. 6. '09

16. Volksfest

der DKP & UZ



Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

Gießener Montags-Demo:

www.gimode.wordpress.com